

Till blickt neidisch nach Geislingen

Göppingen Der Oberbürgermeister erhält wieder keine Mehrheit für eine Anhebung der Grundsteuer. *Von Eberhard Wein*

Der Göppinger Oberbürgermeister Guido Till ist erneut mit seinen Steuerplänen gescheitert. Die im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehene Anhebung der Grundsteuer B um 20 auf 390 Punkte wurde von CDU, FDP und der Vereinigung Unabhängiger Bürger (VUB) gekippt. Die meisten SPD-Räte, die sich im vergangenen Jahr noch für eine Steuererhöhung ausgesprochen hatten, enthielten sich. Damit fehlen im Etat 2011 weitere 470 000 Euro. Die Stadt Geislingen hatte am Vortag die Grundsteuer um 25 auf 395 Punkte angehoben (wir berichteten).

Im vergangenen Jahr hatte Till eine Anhebung auf 380 Punkte vorgeschlagen, war davon aber abgerückt, nachdem die CDU eine pauschale Ausgabenkürzung von acht bis zehn Prozent für verschiedene städtische Ämter und Einrichtungen durchgesetzt hatte. Nun wagte Till einen neuen Vorstoß, denn nach wie vor ist die finanzielle Situation der 57 000 Einwohner zählenden Stadt prekär. In seinem Entwurf, in dem die nun gescheiterte Steuererhöhung

noch enthalten ist, wird mit einem Jahresdefizit von 9,87 Millionen Euro gerechnet. Auch in den kommenden Jahren kann Tills Kämmerer Rudolf Hollnaicher die Ausgaben der Stadt nicht aus den laufenden Einnahmen decken. Deshalb wird die Rücklage von 30 Millionen Euro, die noch aus dem Verkauf der Neckarwerke-Aktien stammt, bis zum Jahr 2014 auf 322 000 Euro abschmelzen. Trotzdem benötige man weitere Darlehen, sagte Hollnaicher. Nach dem gegenwärtigen Stand werde die Verschuldung bis 2014 von 42 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro steigen.

Bei der Gemeinderatsmehrheit hinterließ dieses Szenario wenig Eindruck. „Die Haus- und Grundstückseigentümer wollen nicht die Melkkühe sein“, sagte der FDP-Stadtrat Jürgen Schaille, der dem Göppinger Ortsverein von Haus und Grund vorsitzt. „Wir wollen nicht die Mittelschicht belasten, die den Karren aus dem Dreck zieht“, sagte der stellvertretende CDU-Fraktionschef Jan Tievesch. Wolfgang Berge von der (VUB) sprach sich dafür aus,

statt der Steuern die Gebühren anzuheben. Sie seien oft nicht kostendeckend. Unter anderem fordert die VUB höhere Eintrittspreise in der Barbarossatherme.

„Es gibt so viele Aufgaben und so viele Schulden“, rechtfertigte die FDP-Stadträtin Susanne Weiß, dass sie, anders als ihre Fraktion, für Tills Antrag gestimmt hatte. CDU, FDP und VUB positionierten sich als Dagegen-Parteien, sagte der Grünen-Fraktionssprecher Christoph Weber. „Im nächsten Jahr werden wir um eine Erhöhung kaum herumkommen“, sagte der SPD-Chef Emil Frick, der diesmal jedoch gegen die Anhebung stimmte.

FESTE GRÖSSE

Stabil Die Grundsteuer B gilt für alle Grundstücke mit Ausnahme landwirtschaftlicher Flächen. Sie wird auf der Grundlage von Einheitswerten bestimmt, entwickelt sich also nicht mit der Inflation.

Anhebung 20 Punkte mehr Grundsteuer bedeuten für den Besitzer eines Reihenhauses 20 Euro mehr im Jahr. Für ein Geschäftshaus sind schnell 300 Euro zusätzlich fällig. Der Mieter in einem Mehrfamilienhaus muss im Schnitt mit 1,50 Euro zusätzlich rechnen. *kw*